

KOMMENTARE

WULFFS

Öffentlich gescheitert



Anke Zimmer

Ein Leben in aller Öffentlichkeit ist kein Pappenstiel – weder auf der Höhe des Erfolgs noch im Moment des Scheiterns. Das wird Christian Wulff in diesen Tagen wieder verstärkt spüren. Nach seinen politischen Ambitionen sind mit einem Jahr Verzögerung nun auch seine privaten Träume an ihr Ende gelangt. Eine Nachricht, die nicht nur die Zeitungsspalten von Boulevard-Magazinen füllt, sondern auch von seriösen Medien. Und es

werden sich gestern nicht wenige gefunden haben – darunter auch die Verfasserin dieser Zeilen –, die daran erinnerten, dass sie das Aus dieser Ehe prophezeiten, als der Niedersachse sein Amt als Bundespräsident aufgeben musste. Denn ganz wertneutral: Bettina Wulff ist ein Mensch, der die ganz große Aufmerksamkeit sucht. Die wurde ihr genommen.

Ihr den Schwarzen Peter zuzuschieben, liegt jetzt natürlich nahe. Und sicher hat der Hang der 39-Jährigen zur deutschen Glamourwelt ihrer Ehe nach dem gemeinsamen gesellschaftlichen Absturz nicht gut getan. Hinzu kommt das (berechtigte?) Mitleid mit Christian Wulff, der nun aus jenem Haus ausgezogen ist, dessen Finanzierung ihm politisch das Genick brach. Doch sind am Scheitern einer Beziehung nicht immer zwei beteiligt?

Fakt ist: Ihren Ämtern als Bundespräsident beziehungsweise First Lady waren beide nicht gewachsen. Und statt anschließend einander Halt und Hilfe zu geben und dadurch vielleicht fester denn je zusammenzuwachsen, beklagte sie in einem nicht nur für ihren Mann peinlichen Buch die Unselbstständigkeit ihrer Rolle (nebenbei: sie als selbstbewusste junge Frau hätte das durchaus ändern können), bis ihr offensichtlich der Mund verboten wurde. Denn von heute auf morgen sagte sie Talk-Shows und Interviews ab – garantiert nicht aus eigenem Antrieb.

Von außen betrachtet bleibt also zu konstatieren: In dieser Ehe fand allem Anschein nach kein Teamwork mehr statt. Wenn zwei Menschen aber nicht mehr Seite an Seite schreiten, sondern jeder seinen eigenen Weg geht, dann ist eine Trennung nur konsequent. So leid das einer übrigens auch zur Anteilnahme fähigen Öffentlichkeit auch tut.

WOWEREIT

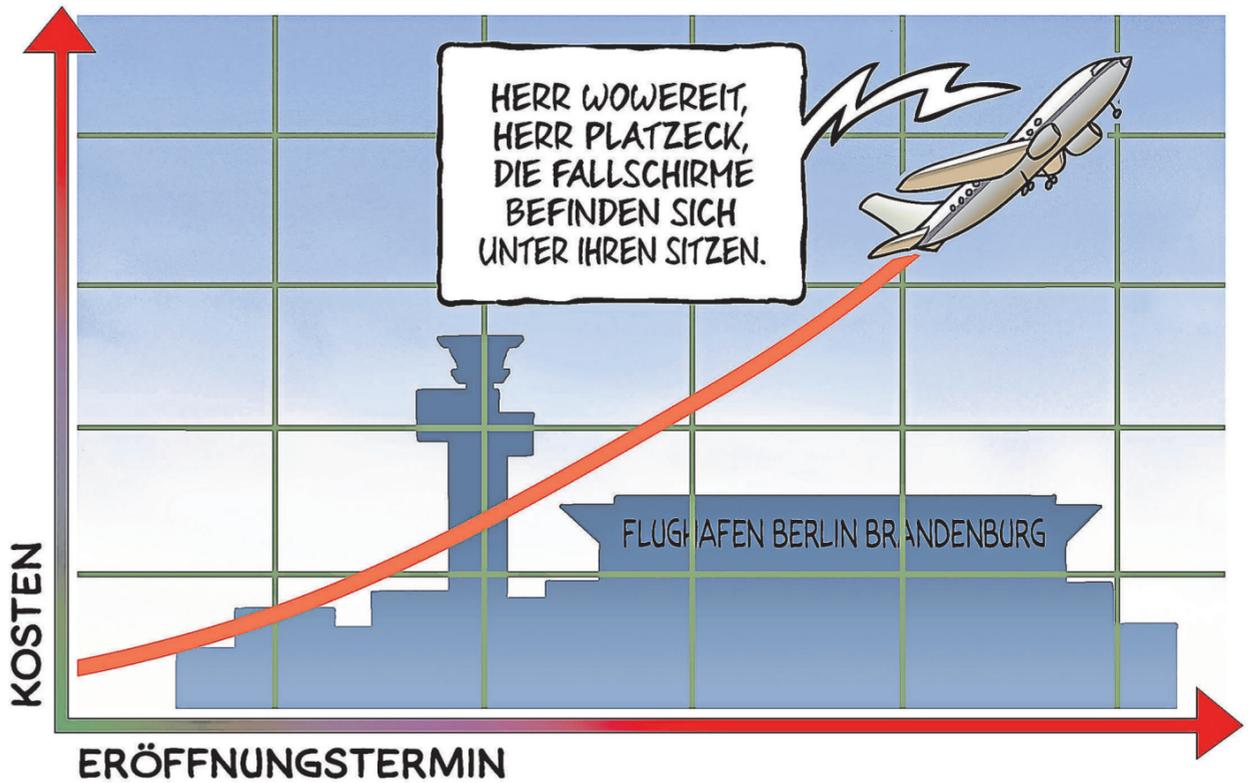
Die Party ist vorbei

Von **Torsten Henke**

Von Paukenschlag kann kaum die Rede sein. Dass der Hauptstadt-Flughafen wohl erst 2015 eröffnet wird, pfeifen die Spatzen längst von den Dächern der Baustelle. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit und sein Potsdamer Kollege Matthias Platzeck wussten angeblich schon eine ganze Weile Näheres. Was Wowereit dementiert.

Es ist traurige Normalität geworden, dass von den Steuerzahlern finanzierte Großprojekte erheblich teurer werden und nicht ohne gravierende Mängel über die Bühne gehen. Stuttgart 21, die Hamburger Elbphilharmonie oder das World-Conference-Center in Bonn zeugen davon. Selten sind die Planungsfehler aber so gravierend wie in Schönefeld. Es hapert keineswegs beim Brandschutz allein. Und schon vor der ungewissen Eröffnung ist klar: Der Flughafen wird direkt an seine Kapazitätsgrenzen stoßen. Das Chaos hat System und umfasst die vitalen Funktionen des einstigen Prestigeprojekts.

Der bisher mit Überheblichkeit und Berliner Schnauze auf Kritik reagierende Wowereit bleibt sich treu: von Einsicht keine Spur. Er belässt Flughafenchef Rainer Schwarz im Amt, bleibt selbst im Aufsichtsrat und tauscht den Vorsitz nur mit Platzeck, der sich bislang weggeduckt hat. Für Wowereit neigt sich die Party dennoch dem Ende zu. Die Grünen wollen einen Misstrauensantrag stellen. Selbst wenn der scheitert: Der einstige Liebling der Berliner kann sich in seiner Stadt längst nicht mehr blicken lassen.



Der Absprung naht

Karikatur: Harm Bengen

GASTKOMMENTAR

Die Zeit ist reif für eine andere Agrarpolitik in Hessen

Längst ist die Gestaltung unserer Landwirtschaft ein gesellschaftlich diskutiertes Thema, da rund 60 Milliarden Euro Steuergelder und damit fast die Hälfte des EU-Haushalts jährlich in die Landwirtschaft fließen. EU-Bürger wollen, dass diese Mittel an Landwirte gehen, wenn diese gesellschaftlich erwünschte Leistungen – besonders im ökologischen Bereich und im Tierschutz – erbringen, die über gesetzliche Auflagen hinausgehen. Ab 2014 werden wir einen reformierten politischen Rahmen unseres Fördersystems auf EU-Ebene haben. Das Land Hessen kann innerhalb des Rahmens eigene Schwerpunkte setzen, die an die regionale Situation angepasst sind. Und ab jetzt wird die Strategie dafür erarbeitet, wobei alle beteiligten Interessenverbände einbezogen werden sollten.

Wir haben daher als Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Hessen gemeinsam mit dem BUND Hessen und der Vereinigung Ökologische Landbau (VÖL) Hessen mit Unverständnis auf den gerade geschlossenen „Zukunftspakt hessische Landwirtschaft“ der Landesregierung reagiert. Diese einseitig getätigte Abmachung von Landesregierung und Hessischem Bauernverband hat wichtige gesellschaftliche Gruppen für eine Beteiligung im Vorfeld gänzlich ausgeschlossen. Zudem bieten die darin genannten Eckpunkte keine ausreichenden Lösungsansätze für die Herausforderungen der Zukunft. Wir brauchen eine zukunftsfähige und vielfältige Landwirtschaft in Hessen, die öffentliche Gelder nur für gesellschaftlich erwünschte Leistungen erhält. Wir setzen auf eine Stärkung der mittelständischen bäuerlichen Betriebe, die wichtig sind für einen leben-

REINHARD NAGEL

hält eine Stärkung der mittelständischen bäuerlichen Betriebe gegenüber der industrialisierten Landwirtschaft für zwingend erforderlich.



Der Autor (58) bewirtschaftet einen Milchviehbetrieb in Twistetal und ist seit Anfang 2012 Sprecher der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Hessen.

digen ländlichen Raum und wir wollen eine stärker auf Umwelt und Tierschutz ausgerichtete Agrarförderung. Zum Beispiel sollten Stallneu- und Umbauten nur dann gefördert werden, wenn sie in ihren Tierschutzstandards deutlich über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen und die Betriebe mindestens 50 Prozent des Futters auf eigener Fläche erzeugen.

Eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft ist dringend geboten. Statt mehr und mehr Maisflächen müssen durch angemessene Agrarumweltprogramme vielfältige Fruchtfolgen (z.B. 5-Felder-Wirtschaft) mit Hülsenfrüchten (Leguminosen) ermöglicht werden. Bohnen, Erbsen und Co. liefern Eiweißfuttermittel und reduzieren den Düngerbedarf, da sie keinen Stickstoff verbrauchen, sondern diesen aus der Luft fixieren. Sie hier vor Ort anzubauen, macht ökologisch mehr Sinn als die Futtermittelimporte aus Übersee.

Jeder sollte sich Biolebensmittel leisten können. Die Produktionskosten sind jedoch zurzeit teurer als im konventionellen Landbau, was an der Auslagerung externer Kosten wie Umwelt- oder Gesundheitsschäden liegt. Solange diese Wettbewerbsverzerrungen bestehen, müssen ökologisch wirtschaftende Betriebe eine deutlich höhere Förderung erhalten. Nur durch die Steigerung des Anteils ökologisch wirtschaftender Bauernhöfe in Hessen kann die steigende Nachfrage nach ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln aus regionalen Erzeugnissen bedient werden. Angehende Bäuerinnen und Bauern müssen umfassend auf die neuen Herausforderungen in Bezug auf Umwelt-, Klima-, Arten- und Tierschutz vorbereitet werden. Man muss die Aus- und Weiterbildung den neuesten Erkenntnissen anpassen! Kühe könnten deutlich höhere Lebensleistungen erbringen, wenn sie gesund gefüttert werden, anstatt sie als Hochleistungsmaschine zu halten.

Ein Schulfach „Gesunde Ernährung“ ist eine wesentliche Voraussetzung, um die zukünftigen Verbraucher für eine gesunde Ernährung und deren Zusammenhänge mit der heimischen Landwirtschaft zu sensibilisieren. Ohne einen solchen Ansatz sind die Ziele für eine umwelt-, klima- und tiergerechte Landwirtschaft, die mit fairen Preisen ihre Existenz sichern kann, nicht zu erreichen. Bauern und Bürger sollten daher gemeinsam für den Richtungsumschwung weg von einer Industrialisierung hin zu einer bäuerlich ökologischen Landwirtschaft eintreten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Saarbrücker Zeitung

FDP muss wieder bürgerlich werden

Die „Saarbrücker Zeitung“ kommentiert das Dreikönigstreffen der FDP:

Man kann Rösler, der in Stuttgart abermals nicht überzeug-

te, austauschen. So wie man Westerwelle vor zwei Jahren ausgetauscht hat. Man kann Brüderle, der mit einer leidenschaftlichen Rede immerhin Kopf und Herz der Liberalen erreichte, übergangsweise installieren, bis der neue Hoffnungsträger Lindner zur Verfügung steht. Aber was wäre damit gewonnen? Die FDP braucht zuerst einmal eine inhaltliche Strategiedebatte, ehe sie sich eine neue, seriöse Füh-

rung sucht. Sie muss wieder bürgerlich werden. Unternehmerfreundlich, aber mit Herz. Marktwirtschaftlich, aber nicht libertär. Den Bürgerrechten verpflichtet, aber nicht blind für Gefahren. Leistungsorientiert, aber mitfühlend. Nach der Niedersachsen-Wahl, egal wie sie ausgeht, müssen die Liberalen mit dieser Arbeit der Neubeginnung beginnen, mit oder ohne Rösler. Trotz anstehender Bundestagswahl.

DIE MEINUNG DES LESERS

Steinbrück schießt erneut Eigentor

Zum Artikel „Entrüstung über Steinbrück“ (31. Dezember, Seite 1).

Herr Steinbrück hat sich wohl um den falschen Posten beworben. Mir wird dieser Mann immer unsympathischer. Ich hätte bei den ständig steigen-

den Kosten auch gerne mehr Geld und muss schauen, wie ich damit hinkomme. Was sollen da Hartz-IV-Bezieher sagen? Frau Merkel braucht nichts zu machen, ihr Kontrahent schießt schon wieder ein Eigentor. Ich hätte gerne jemanden, der die Probleme der Bürger und des Volkes löst und diese Arbeit nicht des Geldes wegen macht. Frau Merkel hat vielleicht ei-

nen Frauenbonus, doch auch ein kompetenter und redogewandter Mann kommt bei Frauen gut an. Sorry, einfach nur daneben von Herrn Steinbrück. Meine Stimme kriegt er bestimmt nicht.

Helga Weber
Bad Soden-Salmünster

MAIL leserbriefe@fuldaerzeitung.de